

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 56 846 ppbn d



Inhalt

36. Jahrgang / 7

12. Januar 1981

Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, untersucht, welche entwicklungspolitischen Hemmnisse zu Überwinden sind: Elf Punkte für die Zukunft.

Seite 1-3

Heidemarie Wiczorek-Zeul MdEP fordert ein neues Verhältnis zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Lateinamerika.

Seite 4-7

Hedda Jungfer MdL, Mitglied im Petitionsausschuß des bayerischen Landtages, weist nach, wie die CSU das Petitionsrecht der Bayern unterläuft.

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Elf Punkte für die Zukunft

Auf allen Seiten sind entwicklungspolitische Hemmnisse zu Überwinden

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Trotz einiger positiver Entwicklungen sind durchschlagende Erfolge bei der Neuordnung der Nord-Süd-Beziehungen und bei der Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern ausgeblieben. Die wichtigsten Gründe dafür sehe ich

- in den vor allem durch die Ölpreisexplosionen verursachten weltweiten Schwierigkeiten,
- in den unzureichenden Fortschritten bei der Veränderung der ökonomischen Weltkarte zugunsten der Dritten Welt,
- in der zu geringen Entwicklungshilfe und der alten, auf quantitatives Wachstum und westliche Modernisierung setzenden Entwicklungsstrategie sowie
- in den entwicklungshemmenden Strukturen und den ungenügenden beziehungsweise inadäquaten Eigenanstrengungen vieler Entwicklungsländer.

Was ist zu tun?

1. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat während seines Marokko-Besuchs zu Recht betont, es komme jetzt darauf an, die Weltwirtschaft zu steuern, sie dürfe nicht ruiniert werden. Die Bundesregierung sollte im Nord-Süd-Dialog einen Weltenergiepakt vorschlagen und sich dabei an dem Gutowski/Roth-Plan, der ein Vertragskonzept für die Ölförder-, Industrie- und die Entwicklungsländer vorsieht, orientieren. Staatssekretär Otto Schlechts ordnungspolitische Kritik an diesem Plan überzeugt nicht.
2. Die Bundesregierung sollte ihre Entwicklungshilfe im Energiebereich, dem sie bereits Priorität beimißt, noch



- verstärken. Die Entwicklungsländer müssen dabei unterstützt werden, ihre Abhängigkeit vom importierten Erdöl zu verringern, und zwar durch die Erschließung zusätzlicher Energiequellen und durch rationellere Energienutzung.
3. Weitere Initiativen auf dem Weg zu einer leistungsfähigen, gerechten und sozialen Weltwirtschaft sind unerlässlich. Dazu zählen die bessere Kontrolle der multinationalen Konzerne und eine stärker die Belange der Entwicklungsländer berücksichtigende Geschäftspolitik des internationalen Währungsfonds.
 4. Einen Rückfall in rigiden Protektionismus darf es nicht geben; Handelsschranken sind weiter abzubauen. Aber die Konkurrenzfähigkeit neuer Importe aus Entwicklungsländern darf nicht auf Kosten angemessener Arbeitsbedingungen gehen. Daher sollte sich die Bundesregierung im Rahmen des globalen Dialogs für eine internationale Vereinbarung über Sozialklauseln einsetzen (vergleiche die Zustimmungserklärung der Bundesregierung zu einer solchen Vereinbarung in den entwicklungspolitischen Grundlinien vom Juli 1980). Diese Sozialklauseln sollten Diskriminierung, Kinderarbeit und Zwangsarbeit verhindern, angemessene Arbeits- und Sozialbedingungen und das Recht auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit garantieren und für die Einhaltung geeigneter Sicherheits- und Gesundheitsbestimmungen sorgen.
 5. Eine wachsende Anzahl von Entwicklungsländern steht vor dem Ruin. Hunger bedroht immer mehr Menschen. Eine rasche verstärkte Unterstützung von außen ist nötig. Flickschusterei hilft hier nicht weiter. Ein international abgestimmtes entwicklungspolitisches Notstandsprogramm muß eingeleitet werden. Es sollte besonders den Armutsgürteln in der Dritten Welt zugute kommen und zunächst eine Laufzeit von fünf Jahren haben. Der Brandt-Bericht gibt dafür die Leitlinien an und nennt als seine vier wesentlichen Bestandteile eine internationale Energiestrategie, ein weltumspannendes Nahrungsmittelprogramm, erhöhte Entwicklungshilfe und die Inangriffnahme größerer Reformen der Weltwirtschaft.
 6. Alle Staaten müssen ihre Entwicklungshilfe weiter steigern. Insbesondere die Ostblockstaaten haben da einen großen Nachholbedarf. Die Bundesrepublik Deutschland gehört trotz der angespannten Finanzlage zu den wenigen Industrieländern, die in diesem Jahr überproportional ihre Hilfe steigern werden. Wenn die Konjunkturlage so schlecht bleibt, wird es schwer sein, das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Dritte Welt aufzuwenden, bis 1985 zu erreichen, wie es das SPD-Wahlprogramm 1980 fordert. Aber die Leistungen könnten auch dadurch gesteigert werden, daß anstelle der zum Teil unsinnigen Agrarausgaben bei der EG mehr für Entwicklungshilfe eingesetzt wird und daß man gegenüber den Schwellenländern zu dem Mittel der Zins-subventionierung greift.
 7. Die Bundesregierung sollte konsequent die von ihr genannten Schwerpunkte der Entwicklungspolitik vorantreiben: Die Bekämpfung der absoluten Armut, die Befriedigung der Grundbedürfnisse, die Erhöhung des Anteils der Bereiche ländliche Entwicklung, Energie, Schutz der natürlichen Ressourcen, Bildungs- und Erziehungswesen. Ihre Politik sollte zur Verwirklichung der Menschenrechte beitragen.
 8. Bei den konkreten Entwicklungshilfeprojekten sollte die Bundesregierung prüfen, ob diese bestimmte politisch-soziale Mindestbedingungen fördern, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit steigern und die soziale Lage der Zielgruppen verbessern. Nur so kann eine armutsorientierte Entwicklungspolitik Erfolg haben. Wenn zum Beispiel keine Koalitionsfreiheit besteht, kann es keine Genossenschaften geben.
 9. Die Bundesregierung sollte vornehmlich reformorientierte, demokratiefreundliche Kräfte und Regierungen fördern. Dazu zählen auch solche Aktivitäten von Befreiungsbewegungen, die auf eine demokratische Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes



abzielen. In Staaten, in denen Willkür, Einschüchterung und physische Bedrohung die Beziehungen zwischen den Regierenden und den Regierten charakterisieren, sollen allenfalls Vorhaben gefördert werden, die unmittelbar der notleidenden Bevölkerung zugute kommen (so auch die Grundsatzposition der entwicklungspolitischen Grundlinien).

10. Unterstützung von außen kann nur dann vollen Nutzen bringen, wenn in den Entwicklungsländern entsprechende Anstrengungen unternommen werden. Die Gewährung von Entwicklungshilfe sollte deshalb mit der Bereitschaft der Entwicklungsländer verknüpft werden, die Eigenanstrengungen zu verstärken und innere Probleme zur Diskussion zu stellen. Dazu gehört, daß innere Entwicklungshemmnisse abgebaut werden. Dennoch dürfen ungerechte Strukturen in Entwicklungsländern nicht als Vorwand dafür herhalten, die Neuordnung der Nord-Süd-Beziehungen auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben. Das Bestreben nach einer Reform der internationalen Ordnung hat seine eigenständige Gültigkeit.
11. Zwischen Rüstung und Unterentwicklung beziehungsweise Abrüstung und Entwicklung besteht ein Zusammenhang. Der Rüstungswettlauf in Ost und West sowie die in den letzten Jahren beängstigend zunehmende Aufrüstung in einigen Entwicklungsländern behindern aufs Schwerste die Entwicklung des Südens und den weltweiten Interessenausgleich. Drei Konsequenzen sind geboten: Die Dritte Welt ist an den bislang auf Ost und West beschränkten Abrüstungsgesprächen zu beteiligen, das Konzept der neuen internationalen Wirtschaftsordnung ist um eine Strategie zur Abrüstung und zur Rüstungskonversion (Umstellung von Waffen auf Zivilproduktion) zu ergänzen, die Bundesrepublik Deutschland muß eine restriktive Rüstungsexportpolitik betreiben und gleichzeitig auf befreundete und verbündete Staaten einwirken, sich ebenso zu verhalten.

Nach drei Jahrzehnten internationaler Entwicklungspolitik müssen Begriff, Ziel und Methoden der Entwicklung kritischer und differenzierter als bisher gesehen werden. Die Bundesregierung erkennt an, daß Entwicklungspolitik sich nicht allein an den Fortschrittsleitbildern hochindustrialisierter Gesellschaften ausrichten kann. Sie weiß, daß es einen allgemein gültigen Entwicklungsweg nicht gibt und daß den unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Verhältnissen und Wertvorstellungen in den einzelnen Ländern Rechnung getragen werden muß. Zustimmung möchte ich die entwicklungspolitischen Grundlinien zitieren, in denen es heißt: Entwicklungspolitik ist vor allem Hilfe zur Selbsthilfe. Entwicklung ist ohne wirtschaftliches Wachstum möglich, Wachstum allein garantiert jedoch noch nicht Entwicklung für alle. Entwicklung setzt insbesondere Befreiung von unwürdiger Abhängigkeit, Beherrschung und Unterdrückung sowie die Befriedigung der Grundbedürfnisse voraus.

(-/12.1.1981/ks/hgs)

+ + +



Lateinamerika ist nicht der Hinterhof der USA

Neue Impulse für einen Dialog zwischen EG und Lateinamerika

Von Heidemarie Wiczorek-Zeul MdEP

Zu einem Nord-Süd-Kolloquium besonderer Art hatte im Dezember das Lateinamerikanische Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut (ILDIS) der Friedrich-Ebert-Stiftung nach Caracas (Venezuela) unter dem Titel "Die Beziehungen zwischen Lateinamerika und der Europäischen Gemeinschaft" eingeladen. Das Ziel war, einen Euro-Lateinamerikanischen Dialog auf informeller politischer Ebene zu installieren. Dabei ging es insbesondere um die Identifizierung gemeinsamer politischer Ziele zwischen Lateinamerika als Region und der Europäischen Gemeinschaft und um eine entsprechende Neuorientierung der ökonomischen Beziehungen. Gleichzeitig sollten neue Kanäle des Kontaktes zwischen beiden Regionen gesucht werden, um den Dialog zwischen der EG und Lateinamerika nicht dem Klein-Kleinen der Bürokraten und der Diplomaten oder der Tätigkeit transnationaler Konzerne zu überlassen.

Auf der Seite der EG nahmen vor allem Vertreter der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, den Niederlanden teil sowie sozialistische Abgeordnete aus Italien und Spanien.

Aus Lateinamerika beteiligten sich in persönlicher Funktion vor allem hohe Funktionäre der SELA (des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems, Sistema Economico Latinoamericano), sowie des Acuerdo de Cartagena (des Adenpaktes), Vertreter einzelner Regierungen (zum Beispiel Costa Rica und Nicaragua) und Vertreter des Widerstandes aus Chile und Bolivien.

Auf der lateinamerikanischen Seite fiel das starke Interesse auf, das an einer Kooperation mit Europa, mit der EG, existiert als einer Region und einer politischen Größe, die Partnerschaft anstrebt und die Lateinamerika nicht als ihren "Hinterhof" betrachtet. Dies ist auch nicht verwunderlich, da die USA wegen ihrer allzu häufigen Unterstützung korrupter demokratiefeindlicher Regimes in Lateinamerika bei den demokratisch regierten Ländern ihren Kredit verspielt haben.

Ausgehend von der Tatsache, daß Lateinamerika und Europa innerhalb des Kontextes der Weltpolitik nichthegegoniale Mächte sind, analysierten die Kolloquiumsteilnehmer gemeinsame Interessen bei der Regionen: zum Beispiel

- Das Interesse, den Weltfrieden zu sichern und den Rüstungswettlauf zu bremsen, beides elementare Voraussetzungen für die Entwicklung in beiden Regionen.
- Das Interesse, eine weitere Verschärfung der Konfrontation zwischen Ost und West vermeiden zu helfen, da sie sich unmittelbar in einer Einschränkung der inneren Selbstbestimmungschancen - wenngleich in sehr unterschiedlichen Formen - in beiden Regionen und in einer Neubelebung der amerikanischen "Eindämmungspolitik" auswirkt. Eine Gefahr, die mit Blick auf den Amtsantritt der Reagan-Administration als besonders aktuell angesehen wurde.
- Das Interesse an einer stärkeren Unabhängigkeit der Politik beider Regionen. Die Abhängigkeiten Lateinamerikas von den USA sind dabei vielfältiger Art: militärisch, ökonomisch und politisch



Auch hier wurde die Gefahr gesehen, daß nach dem 20. Januar 1981 die Tendenzen, Lateinamerika wieder als den "Hinterhof" der USA zu behandeln, wachsen.

- Das Interesse an einer innergesellschaftlichen Verwirklichung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit in allen Bereichen. Die Schlußerklärung nennt ausdrücklich die Entwicklung Nicaraguas als beispielhaft für die Länder in Lateinamerika, die Demokratie, soziale Gerechtigkeit und eine selbstbestimmte Entwicklung verwirklichen wollen. Unter diesen Gesichtspunkten kommt einem politischen Verhältnis zwischen der EG und Lateinamerika eine besondere Bedeutung zu.

Aus zwei Gründen erhoffte man sich einen neuen politischen Impuls:

1. Das Europäische Parlament, so erwarten die lateinamerikanischen Partner, könnte einen Anstoß dazu geben, daß die Europäische Gemeinschaft endlich eine kohärente Lateinamerikapolitik formuliert.
2. Auf seiten Lateinamerikas existiert ein kompetenter Ansprechpartner, der alle lateinamerikanischen und karibischen Länder umfaßt, das lateinamerikanische Wirtschaftssystem SELA. Einer solchen politisch begründeten Kooperation stehen auf beiden Seiten sehr unterschiedliche Hindernisse entgegen:

Es gibt keine langfristig formulierte Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaft - auch nicht gegenüber Lateinamerika - sondern nur ein kurzfristiges Werkeln, ein ad-hoc-Krisenmanagement.

In der bisherigen Interpretation der EG-Mitgliedregierungen sind die politischen Initiativen der Gemeinschaft der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) vorbehalten, das heißt praktisch der Geheimdiplomatie der zehn Regierungen. Stattdessen beschränken sich die Kooperationsansätze der EG gegenüber Lateinamerika völlig auf den ökonomischen Bereich, aber auch hier ohne ersichtliches langfristiges Konzept. Die Fülle der Instrumente, über die die EG in ihrer Handelskooperation gegenüber den lateinamerikanischen Ländern verfügt, zum Beispiel das Allgemeine Präferenzsystem (APS), andere handelspolitische Vorteile, wie die Meistbegünstigungsklausel oder das gesamte Instrumentarium von Kooperationsabkommen, sind nicht in ein Gesamtkonzept eingebunden, wie dies zum Beispiel bei dem Lomé-Abkommen der Fall ist. Jedes langfristige entwicklungspolitische Konzept fehlt in den bisherigen Beziehungen - bis auf die lateinamerikanischen Länder, die dem Lomé-Abkommen angehören.

Die EG orientiert bisher ihre Angebote zu Kooperationsabkommen vorrangig auf die großen, wirtschaftsstärkeren Länder, wie zum Beispiel Brasilien. In solchen Abkommen ist sie interessiert, einseitig private Investitionen zu schützen, ohne auf deren entwicklungspolitisch sinnvolle Konditionierung zu achten. Die bisherige EG-Hochpreis-Agrarpolitik ist zudem ein Hindernis für eine bessere Kooperation im Bereich agrarischer Produkte und für eine bessere Öffnung der europäischen Märkte.

Auf der lateinamerikanischen Seite existiert keine einheitliche politische Form oder Koordinierung. Dies ist verständlich und sinnvoll angesichts der Tatsache, daß Lateinamerika so unterschiedliche Länder umfaßt wie die Diktaturen des Cono-Sur oder Länder mit demokratischer Verfassung wie zum Beispiel im Anden-Pakt ohne Bolivien oder einzelne Länder in Mittelamerika, das Castro-regierte Cuba ebenso wie der demokratische Neuanfang in Nicaragua.

Diese divergierenden politischen Tendenzen reflektieren sich auch in der unterschiedlichen Orientierung zum Beispiel zur Gruppe der 77 oder zu den USA. Dennoch hat es zwischen den Ländern mit demokratischer Orientierung zu einzelnen Komplexen ein koordiniertes Verhalten gegeben, so in der Unterstützung der Sandina-Regierung in Nicaragua oder in der Ablehnung des letzten Militär-Putsches in Bolivien, gesteuert von Argentinien.



Es bestehen teilweise seit mehreren Jahren unterschiedliche Ansätze zu einer stärkeren wirtschaftlichen Kooperation einzelner Regionen in Lateinamerika wie zum Beispiel der Andenpakt (Peru, Kolumbien, Ecuador, Venezuela), der Gemeinsame Zentralamerikanische Markt (MCCA), beziehungsweise der Gemeinsame Karibische Markt (CARICOM). Im Fall des Andenpaktes unterscheidet sich der Integrationsansatz sehr deutlich von dem der EG, der theoretisch nach wie vor auf dem "obersten Prinzip" des Freihandels basiert. Einen neuen wirtschaftlichen Integrationsansatz stellt die SELA dar, die 1975 auf Anregung des damaligen Präsidenten Echeverría gegründet wurde.

Sie sollte nach den Zielen ihrer Gründer eine Koordinierung der bestehenden regionalen Integrationssysteme ermöglichen und eine bessere Vertretung der Interessen Lateinamerikas als Region in internationalen Foren, wie etwa der UNCTAD, eine stärkere Unabhängigkeit Lateinamerikas von den USA und einen Abbau der Abhängigkeiten lateinamerikanischer Staaten von transnationalen Konzernen gewährleisten.

Der SELA gehören mittlerweile 25 lateinamerikanische und karibische Staaten an. Dazu gehört auch Kuba. Die Diktaturen des Südens sind zwar formal Mitglied aber sie zählen gleichzeitig zu den schärfsten Kritikern der politischen Orientierung der SELA.

In gewissem Sinne ist die SELA an die Stelle der bisherigen, mittlerweile gescheiterten Lateinamerikanischen Freihandelszone (ALALC) (später ALADI, Asociación Latinoamericana de Integración genannt) getreten. SELA beruht aber nicht auf der Integration über den Freihandel, sondern auf der Förderung eines Systems gegenseitiger Konsultation und Koordination sowie auf der Schaffung von gemeinschaftlichen Komitees zur Verwirklichung gemeinsamer Programme und Projekte (zum Beispiel für die Entwicklung der regionalen Landwirtschaft).

Eines dieser Programme umfaßt die Schaffung lateinamerikanischer multinationaler Unternehmen, die als ein Element der Gegenmacht gegen die privaten multinationalen Konzerne der Industrieländer verstanden werden. Nach Meinung der Teilnehmer des Caracas-Kolloquiums, müßte die SELA eigentlich der Ansprechpartner der EG für Lateinamerika sein. Richtig ist, daß die Organisation noch in den Anfängen steht und große Wirtschaftskräfte in Lateinamerika, wie etwa Brasilien, keine "Götter" neben sich sehen möchte. Aber eine Fülle von Überlegungen sprechen meines Erachtens dafür, warum die EG - entgegen ihrer bisherigen Praxis - die SELA in Verhandlungen aufwerten sollte:

- Die Entwicklung einer kohärenten Lateinamerika-Politik der EG braucht einen kompetenten Ansprechpartner - für die ganze Region Lateinamerikas steht nur die SELA zur Verfügung.
- Die EG muß ein Interesse daran haben, mit regionalen Integrationsansätzen in den Ländern der Dritten Welt zu kooperieren und diese zu stärken. Die Beschlüsse der UNCTAD-Konferenzen fordern ausdrücklich solche regionale Kooperation, weil damit die Eigenständigkeit und die Verhandlungsposition der Länder der Dritten Welt gefördert werden können. Das Europäische Parlament hat in seiner Beschlußfassung zur Bekämpfung des Hungers in der Welt vom September 1980 diese Position für die EG bekräftigt.
- Die SELA hat zum Ziel, Selbstbestimmung in den Ländern Lateinamerikas zu verwirklichen. Die EG muß alles Interesse daran haben, solche Ansätze zu fördern. Nicht ohne Grund steht zum Beispiel Chile der SELA äußerst kritisch gegenüber. Für die künftige Kooperation der beiden Regionen fordern die Teilnehmer des Caracas-Kolloquiums:
- Als sichtbares Zeichen einer Neuorientierung sollte zwischen beiden Regionen ein Rahmen-Vertrag abgeschlossen werden, der Grundsätze der gemeinsamen Wirtschaftskooperation beinhaltet, der auf einer umfassenden, klar formulierten Politik der EG gegenüber Lateinamerikas als Region und auf der Grundlage gleichberechtigter Partnerschaft beruht.



- Die Wirtschaftskooperation zwischen den beiden Regionen sollte systematisiert und verstärkt werden. Sie dürfte nicht allein dem sogenannten freien Spiel der Marktkräfte und der Initiative der Multinationalen Unternehmen überlassen werden.
- Eine umfassende Information über die wirtschaftlichen und sozialen Probleme Lateinamerikas und über die Bedürfnisse dieser Region für die Schaffung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung müßte institutionalisiert werden.

Als Beispiel dafür, wie verzerrt die Information über bestimmte Länder Lateinamerikas in Westeuropa teilweise ist, wurde von den lateinamerikanischen Teilnehmern auf die Berichterstattung mancher Medien zur Situation in Nicaragua seit dem Sturz Somozas hingewiesen, die dazu beitragen, die erstrebenswerte Unterstützung für die Stabilisierung der Demokratie in Nicaragua zu gefährden. Das geforderte Rahmenabkommen könnte, ähnlich, aber nicht vergleichbar mit dem Lomé-Abkommen, verschiedene Maßnahmen der Zusammenarbeit koppeln und neue auf die selbstbestimmte Entwicklung zielende aufnehmen. Es könnte so zum Beispiel einen neuen EG-Entwicklungsfonds für Lateinamerika beinhalten; aus dem Anleihen für spezielle Projekte gegeben werden könnten: Maßnahmen zur Öffnung von Märkten könnten gekoppelt werden mit Ansätzen zur Landreform in den Ländern Lateinamerikas, Instrumente zur besseren entwicklungspolitischen Konditionierung von privaten Investitionen könnten aufgenommen werden ebenso wie Vorschläge einer verstärkten handelspolitischen und wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit.

Während des Seminars machten die Mitglieder der Sozialistischen Fraktion deutlich, daß die Sozialisten der weiteren Entwicklung in El Salvador Bedeutung für ganz Lateinamerika beimessen: Sie dokumentierten ausdrücklich ihre Unterstützung der demokratischen Opposition Frente Democrático Revolucionario Dirección Revolucionaria Unida in El Salvador, der auch die Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale angehört.

Ihre Forderung, daß auch die USA und andere lateinamerikanische Staaten endlich diese Oppositionsbewegung akzeptieren und ihre einseitige Unterstützung der augenblicklichen Regierung aufgeben sollten, kann sich immerhin auch auf Positionen in den USA stützen. Im "dissent paper on El Salvador and Central America" weisen Autoren aus der amerikanischen Administration nach, daß ohne eine solche Veränderung der US-Haltung die USA allmählich in eine militärische Intervention hineinschlittern. Angesichts der Tatsache, daß die Autoren aus der US-Administration auf Szenarien zu einer solchen Intervention hinweisen, erstaunt es, daß bisher weltweit nicht deutlicher vor einer solchen Aggression gewarnt wird. Denn sie müßte in ihren Auswirkungen für die gesamte Region als ebenso gefährlich betrachtet werden, wie potentielle Interventionen anderer Großmächte in anderen Regionen.

(-/12.1.1981/hi/hgs)



CSU demontierte Petitionsausschuß

Nötigung zur Arbeit im Nervenkrankenhaus

Von Hedda Jungfer MdL

Mitglied des Petitionsausschusses des bayerischen Landtages

Eine Eingabe aus dem bayerischen Bezirkskrankenhaus Werneck, in der sich Patienten über Arbeitszwang und unmenschlich niedrige Bezahlung beklagten, wurde von der CSU ad acta gelegt, nachdem das Innenministerium in mehr als acht Monaten nicht in der Lage war, die genauen Umstände zu ermitteln. Damit hat die Staatsregierung das Parlament erneut brüskiert und die CSU-Ausschußmehrheit sich wiederum einem Akt der Selbstverstümmelung unterworfen. Die Bayerische Staatsregierung hat dem Petitionsausschuß wieder einmal eine Ohrfeige gegeben, und die CSU-Leute im Ausschuß hatten nichts Besseres zu tun, als dafür noch 'Danke' zu sagen.

Das Trauerspiel:

1. Akt: Die Vorgeschichte

Am 24. Januar 1980 erreicht die Beschwerde eines Patienten des Bezirkskrankenhauses Werneck in Unterfranken, Horst B., den Landtag. Der Patient, der freiwillig in das Nervenkrankenhaus gekommen war, weil der "körperlich und seelisch geschafft war", erhebt - gemeinsam mit zwei anderen Patienten - schwere Vorwürfe: Es bestehe Arbeitszwang, und zudem sollten bei der Arbeit auch noch Höchstleistungen erzielt werden.

B. schildert dazu einen konkreten Fall: Mehrere Patienten waren nicht zur Arbeit(sterapie) gegangen. Daraufhin rief der Arbeitstherapie-Pfleger den Stationsarzt. Dieser erklärte kategorisch, wer nicht auf Arbeitstherapie gehe, werde auf eine geschlossene Abteilung verlegt. Einigen Patienten drohte er zudem, sie kämen ins Bett. "Das ist eine harte Strafe, weil es Rauchverbot gibt."

Weitere Kritikpunkte in der Petition ist die schlechte Bezahlung; die Patienten bekämen für ihre Arbeitsleistung zehn bis 20 Mark im Monat.

"Ich muß Ihnen schon sagen, Ihre Nervenkrankenhäuser sind sehr krank. Es ist ja fast mittelalterlich: die Behandlung und Unterbringung. Das ist schlimmer als im Gefängnis. Die werden menschlicher behandelt", stellt B. - durchaus verständlich - fest, und:

"Aber hier kann keiner gesund werden, im Gegenteil, noch kränker."



2. Akt: Nebelschleier und Rauchschwaden

Mehr als sechs Monate später, am 21. August 1980, kommt dann endlich die Stellungnahme des Innenministeriums, die allerdings in ihrer Substanz wesentlich zu wünschen übrig läßt. Bestätigt wird die schlechte Entlohnung der Arbeit der Patienten (nach Erhöhung im April 1980 zwischen sieben und 90 Mark im Monat). Ansonsten zitiert Innen-Staatssekretär Franz Neubauer nur aus dem Bericht des Wernecker Krankenhauses: Die Patienten würden nicht zur Arbeitstherapie gezwungen; die entsprechenden Vorwürfe des Eingabeführers seien unzutreffend. Und gleich noch einmal: "Ein Fehlverhalten des Bezirkskrankenhauses Werneck oder der behandelnden Ärzte oder des Pflegepersonals ist nicht ersichtlich." Auf den von Horst B. geschilderten Vorfall wird in keiner Weise eingegangen.

3. Akt: Ein Dialog der nichts bringt

Als Mitberichterstätterin zu dieser Eingabe gab ich mich damit nicht zufrieden. Mein Informationsbedürfnis wurde durch die Stellungnahme bei weitem nicht zufriedengestellt, schrieb ich an das Innenministerium. Die lapidaren Kommentare, "die entsprechenden Vorwürfe des Beschwerdeführers sind unzutreffend", reichten keineswegs aus, die Hauptbeschwerde, nämlich Nötigung zur Arbeitstherapie, zu entkräften, zumal sie von zwei weiteren Patienten gestützt wurde.

Diesmal kommt die Antwort aus dem Ministerium postwendend: Die Stellungnahme des Bezirkskrankenhauses könne die Abgeordnete nicht erhalten. Ansonsten gab's nur nichtsagende Floskeln- ...und der Vertreter des Innenministeriums werde in der Ausschusssitzung bei Bedarf mit ergänzenden Auskünften zur Verfügung stehen.

4. Akt: Zwischenspiel

Sitzung des Petitionsausschusses am 12. November 1980. Wer jetzt mehr erwartet hat, wird enttäuscht: Die Vertreterin des Ministeriums rezitiert die bereits bekannte Stellungnahme und kann keine Aufklärung zum konkreten Vorfall geben.

Noch handelt der gesamte Ausschuß parlamentwürdig: Er stellt die Eingabe zurück, um eine bessere Sachaufklärung zu erhalten. Weiter soll die ministerielle Stellungnahme moniert und der Innen-Staatssekretär vor den Ausschuß geladen werden.

Letzter Akt: "Deus ex machina" und Vorgang

Am 18. November folgt das rauschende Finale des Trauerspiels im Petitionsausschuß mit Neubauer als "deus ex machina". Jetzt endlich hat die Vertreterin des Ministeriums erfahren, daß eine Sachaufklärung nicht möglich sei, weil der kritisierte Arzt seit Januar bis heute krank sei. Der Einwurf der Sozialdemokraten, man hätte doch auf Pfleger und Patienten befragen können, stößt auf taube Ohren.

Stattdessen schaltet sich der Staatssekretär ein. Seinen Strohhalm - was solle denn jetzt nach einem Jahr noch herauskommen - greift die CSU-Mehrheit willfährig auf und läßt den Vorhang fallen: Mit 9 : 7 Stimmen beschließt der Ausschuß den CSU-Antrag auf "Paragraph 85a" - die Eingabe ist "erledigt durch Stellungnahme der Staatsregierung". Die SPD-Vertreter im Ausschuß scheitern mit ihrem Antrag auf weitere Sachaufklärung am Widerstand der CSU-Mehrheit.

So schlimm war es noch nie, - obschon der Petitionsausschuß von der Staatsregierung so einiges gewohnt ist: Hier haben sich das Innenministerium und die Ausschuß-CSU zusammengetan, um gemeinsam das Petitionsrecht zu demontieren. Gemeinsam haben sie die Würde des Parlaments mißachtet, was bei den CSU-Abgeordneten schon einer Selbstverstümmelung gleichkommt. Und in gleicher Übereinstimmung haben sie die Opposition bei der Ausübung ihrer Kontrollaufgabe beschnitten.

(-/12.1.1981/hi/ca)

